

Bringt Rastanlage mehr Lärm?

PLÄNE Bei einer Veranstaltung der Staffelbacher CSU war das Vorhaben der Autobahndirektion ein viel diskutiertes Thema.

Staffelbach - Zum 16. Mal hatte der CSU-Ortsverband Staffelbach zu „Politik mit Fisch“ eingeladen. In diesem Jahr referierten Bezirksrat und Erster Bürgermeister Siegfried Stengel (Stegaurach) und Bürgermeister Harald Krug (Oberhaid).

Stengel stellte die Aufgaben des Bezirks vor und ging dabei unter anderem auf die Finanzierung der überörtlichen Sozialhilfe, bestehend aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, ein. Nahezu 228 Millionen Euro des Verwaltungshaushalts werden für diesen Bereich vom Bezirk ausgegeben. Der noch fehlende Betrag von 134 Millionen Euro muss über die Bezirksumlage auf die Landkreise und die kreisfreien Städte umgelegt werden. Trotzdem ist es dem Bezirk möglich, in diesem Jahr die Kreisumlage um 4,3 Punkte zu senken.

Eine weitere wesentliche Aufgabe des Bezirks sei ein regionaler Lasten- und Finanzausgleich. So müsse der Landkreis Bamberg 20,7 Millionen Euro in den gemeinsamen Topf einbezahlen, erhalte aber lediglich 10,2 Millionen Euro zurück, während die Stadt Bamberg 14 Millionen Euro bezahle, aber 17,6 Millionen ausbezahlt bekomme. Dies sei ein Ausgleich für die Leistungen, die das Oberzentrum Bamberg für die Region erbringe.

Noch nichts Konkretes

Bürgermeister Harald Krug zeigte zunächst die Leistungen auf, die die Gemeinde in den vergangenen zehn Jahren erbracht habe. Außerdem erläuterte er den vorläufigen Plan für das Freizeitland Pfister und die Skizze für eine von der Autobahndirektion für eine Tank- und Rastanlage ins Auge gefasste Fläche, beide in der Gemarkung Staffelbach gelegen. Mit Nachdruck verwies er darauf, dass es für letzteres Vorhaben noch keine konkrete Unterlagen gäbe. Die Autobahnverwaltung suche für den Abschnitt Schweinfurt-Nürnberg bzw. Schweinfurt-Bayreuth einen geeigneten Standort und habe an diesen Strecken mehrere Flächen zwecks Voruntersuchung ins Auge gefasst. Erst nach deren Abschluss stehe fest, ob der Standort Staffelbach realisiert werden könne.

In der anschließend regen Diskussion äußerten sich mehrere Gäste überwiegend ablehnend zum Vorhaben der Tank- und Rastanlage. Sie kritisierten den weiteren Land- und Naturverlust und befürchteten zusätzliche Belastungen durch Lärm und Feinstaub und damit eine Verminderung der Wohnqualität.

Der Gemeinderat hatte in einer ersten Vorberatung eine grundsätzliche Ablehnung als nicht gerechtfertigt angesehen, da eine Befragung betroffener Gemeinden negative Auswirkungen durch eine solche Anlage nicht erwarten lasse. Eine Klärung sollte deshalb die Vorstellung der geplanten Maßnahme durch die Autobahndirektion herbeiführen.

Quelle: Fränkischer Tag, 08.03.2006